

Ulrich Schachtschneider

Ökologisches Grundeinkommen – eine Beschleunigungsbremse¹

In diesem Beitrag geht es um die Idee eines durch Besteuerung problematischer Umweltverbräuche finanzierten Grundeinkommens, ein „Ökologisches Grundeinkommen“. Es ist eine mögliche Antwort auf zentrale ökologisch, sozial und kulturell problematische Entwicklungen zeitgenössischer Wachstumsgesellschaften. Zweifelsohne handelt es sich gegenwärtig noch um eine gesellschaftliche Utopie, aber es ist eine „konkrete Utopie“ (Bloch), ein möglicher Entwicklungsweg. Im Beitrag werde ich zeigen, dass diese vom Wachstumszwang befreiende Regulierungsidee nicht auf ein abgehobenes Utopia hofft, sondern eine alternative Entwicklungsrichtung darstellt, die auf bestehenden Grundwerten moderner Gesellschaft aufbaut.

Ich werde zunächst skizzieren, in welcher Weise ein „Ökologisches Grundeinkommen“ (ÖGE) aus verschiedenen Sackgassen bisheriger Umweltpolitik herausführen kann. Ein ÖGE kombiniert ökologische Besteuerung mit Umverteilung von Einkommen und es kann Suffizienz mit der Vielfalt von Lebensstilen verknüpfen (I). Doch es handelt sich längst nicht nur um eine geschickte Methode zur Vermeidung von sozialen Unzulänglichkeiten der Umweltpolitik oder ökologischen Gefahren emanzipatorischer Sozialpolitik. Vielmehr hat ein Grundeinkommen – zunächst unabhängig von seiner Finanzierung – das Potenzial, sowohl einer produktivistischen Produktion als auch einer konsumistischen Kultur entgegenzuwirken. Es kann als eine 'Authentizitätspauschale' wirken und dadurch eine Postwachstumsökonomie und -gesellschaft befördern (II).

Mehr noch – ein Grundeinkommen könnte helfen, die „Motoren“ zu bremsen, die – der Theorie Hartmut Rosas folgend – für die fortwährende soziale Beschleunigung moderner Gesellschaften 'verantwortlich' sind. Es kann den Green New Deal, das aktuelle kapitalistisch-produktivistische Wachstumsprojekt zu einer Ökonomie mit authentischerer Produktion und Konsumtion überführen, die Wachstum nicht mehr benötigt. Es kann den Fortgang funktionaler Teilung der Gesellschaft durch die Herausbildung von wieder mehr kommunikativ integrierten Lebenswelten bremsen. Und es ist geeignet, den Basigütern (Skidelsky/Skidelsky) eines „guten Lebens“ eine gastfreundliche Umwelt zu geben und damit den „kulturellen Motor“ der Glücksverheißung durch Maximierung von Events und Konsumereignissen zurückzudrängen (III).

Allerdings darf die Art der Finanzierung eines Grundeinkommens diese Befreiung von Beschleunigungszwängen nicht konterkarieren. Diesem Ziel am zuträglichsten ist die Finanzierung über Öko-Abgaben (IV). Abschließend werde ich zeigen, dass ein ÖGE nicht nur eine potenzielle Beschleunigungsbremse ist, sondern sich besonders zu einer schrittweisen Einführung des Prinzips eines bedingungslosen

¹ Überarbeiteter Beitrag zur „Internationalen Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit“, Leipzig 2014

Grundeinkommens (BGE) überhaupt eignet, dass also ein realistischer Weg zu dieser konkreten Utopie möglich ist (V).

I Ökologisches Grundeinkommen als umverteilende und libertäre Umweltpolitik

Ein Ökologisches Grundeinkommen (ÖGE) ist ein Grundeinkommen, welches durch Abgaben auf unerwünschten Umweltverbrauch finanziert wird. Besteuert werden soll die Nutzung einiger weniger zentraler Umweltressourcen und -medien, bei denen nicht die Toxizität oder Gefährlichkeit einer einzelnen Nutzung, sondern die Quantität das Problem darstellt. Die zentrale Idee ist, dass das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte (etwa einer Öko-Steuer auf Rohstoffe, CO₂-Emissionen, Flächenverbrauch etc.) gleichmäßig auf die Bevölkerung zurückverteilt wird. Jedem Bürger, vom Säugling bis zum Greis, von Reich bis Arm, wird damit ein „Öko-Bonus“ bzw. ein „Ökologisches Grundeinkommen“ ausgezahlt.² Die Steuer wird nicht auf Endprodukte erhoben, sondern am Anfang und Ende des Lebenszyklus von Produkten, also bei der Ressourcenentnahme und bei Wiedereinbringung der Stoffe in natürliche Senken. Es handelt sich also um die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens über die Besteuerung einer bestimmten Form der Produktion und des Konsums – derjenigen, der die Umwelt nach unseren gesellschaftlichen Vorstellungen in falscher Weise belastet, der dem Ziel einer von uns definierten „nachhaltigen Entwicklung“ zuwiderläuft.

Ökosteuern mit Umverteilung

Ist eine Finanzierung über die Verteuerung von Konsum nicht ungerecht gegenüber den Armen? Haben sie nicht am meisten zu leiden unter einer Erhöhung von Preisen für ihr tägliches Leben, denn die Nutzungsentgelte für Rohstoffe oder Emissionen werden über die Wertschöpfungsketten in die Endprodukte im Laden einfließen? Genau umgekehrt ist es: Wohlhabende haben einen höheren Konsum und damit in der Regel einen höheren Umweltverbrauch. Sie zahlen daher überdurchschnittlich, während sie durch die Pro-Kopf-Ausschüttung nur durchschnittlich von der Auszahlung profitieren, sind also Netto-Zahler. Ärmere und Kinderreiche hingegen gewinnen.

Eine Reihe von Forschungsergebnissen sprechen für diesen Zusammenhang:

- Ein Vergleich deutscher Städte zeigt eine klare Abhängigkeit der CO₂-Emission vom Pro-Kopf-Einkommen: Frankfurt etwa mit einem BIP von 66.800 €/Person emittiert 11,8 t pro Kopf und Jahr, Berlin mit einem BIP von 21.400 €/Person nur 5,6 t pro Kopf.³ Die CO₂-Emission ist ein relativ guter Indikator für den Gesamt-Ressourcenverbrauch, da hoher Materialeinsatz in der Regel auch energieintensiv ist.

² Es geht hier zunächst um das Prinzip einer Auszahlung an jeden. Die Höhe des Grundeinkommens bei Kindern z.B. kann aber geringer sein.

³ Economist Intelligence Unit (2011): German Green City Index, P. 13

- Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass die Belastung der privaten Haushalte durch die Ökologische Steuerreform in Deutschland (1999-2003) stetig mit dem Einkommen zunimmt: Je höher das Einkommen, desto mehr Verbrauch an Strom, Brenn- und Heizstoffen (DIW 2009).⁴
- Die Ausgaben der privaten Haushalte in Deutschland für Strom und Wärme steigen stetig mit dem Einkommen.⁵
- Das Infrac-Institut Zürich verglich mit Hilfe ökonometrischer Simulationen die Wirkungen von verschiedenen Formen der Öko-Steuer und kam zu dem Ergebnis, dass eine Öko-Bonus-Lösung (also die paritätische Rückverteilung der Einnahmen) diejenige ist, die eine Umverteilung nach unten bedeuten würde.⁶

Natürlich gibt es immer wieder auch Gegenbeispiele. Da sind Ärmere, die besonders verschwenderische Konsumpraktiken haben und höher belastet wären. Und wir kennen Reichere, die besonders Wert auf sparsamsten Umgang und öko-ethisches Verhalten legen. Genau das ist aber auch Teil des dem ökologischen Grundeinkommens zugrunde liegenden Prinzips des „Tax and Share“: Für alle bleibt der preisliche Anreiz bestehen, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter vorzuziehen. So führt ein ÖGE aus dem Dilemma ökonomischer Instrumente der Umweltpolitik ohne Sozialausgleich: Ist der Ökosteuer-Satz zu niedrig, bewirkt er nichts. Ist er zu hoch, wird er unsozial. Hier ist es umgekehrt: Je höher die Sätze werden, desto größer wird der Umverteilungseffekt.

Die ökologische Finanzierung eines Grundeinkommens stützt somit eine der beiden Komponenten eines ressourcenleichten Lebensstils, welcher im ökologischen Diskurs allerorten gefordert wird, das „Anders“: Den Konsum weniger umweltbelastender Alternativprodukte. Hierzu ist eine zumindest weitgehende Finanzierung über Ökosteuern nicht nur passend, sondern eine notwendige Voraussetzung. Eine Kritik aus ökologischer Sicht gegen das Grundeinkommen lautet bekannterweise, dass dann mit der größeren Massenkaukraft unterer Schichten mehr umweltschädliche Dinge gekauft werden. Genau dies wird durch die mit ökologischen Steuern erreichte Änderung der relativen Preise vermieden: Produkte mit großen ökologischen Rucksack werden teurer als ihre umweltfreundlichen Alternativen.

Wenn das Grundeinkommen über Abgaben auf problematischen Umweltverbrauch finanziert wird, erfordert dies keineswegs die Aufrechterhaltung einer bestimmten Menge einer unerwünschten, umweltbelastenden Produktion, wie einige Kritiker einwenden. Tritt die gewünschte Wirkung eines verringerten Gebrauchs bestimmter Ressourcen und Senken ein, können die Steuersätze erhöht bzw. die zulässigen Menge der Entnahmen und Emissionen (Zertifikate) weiter reduziert werden. Damit wird der Anreiz zu weiteren Effizienzsteigerungen aufrechterhalten und die Finanzierung des Grundeinkommens ist weiterhin gesichert. Auch eine langfristige Planung mit kontinuierlich schrumpfenden Obergrenzen von Emissionen und

⁴ DIW (2009): Wochenbericht des DIW Berlin Nr.14/2009

⁵ Statistisches Bundesamt 2010

⁶ Infrac (o.J.): Soziale und räumliche Wirkung von Energieabgaben. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Z-1

Entnahmen ist sinnvoll, denn dann können sich Produzenten und Verbraucher rechtzeitig umorientieren.

Ökologische Begrenzung ohne Lebensstil-Vorschriften

Als sozial gerechtere Alternative zu ökonomischen Instrumenten der Umweltpolitik wird – häufig von linker Seite – verstärkte Ordnungspolitik eingefordert, die über das Setzen von Grenzwerten für Produktionsprozesse und einzelne Produkte hinausgeht. Die Politik soll umweltschädliche, unnötige Konsumtionen schlicht und einfach verbieten. Ins Visier genommen werden dabei zuallererst die mit einem hohem symbolischen Luxus-, Schwachsinn- und Schädlichkeitsfaktor belegten Produkte wie Geländewagen, Erdbeeren im Winter, Kurztrips in die Karibik etc. Aber tendenziell alle ökologisch fraglichen Konsumtionen von „unnötigen“ Autofahrten bis hin zu farbigem Toilettenpapier sollen für alle untersagt werden. Dies wäre vielleicht verteilungsgerecht, weil es jeden gleich träfe und möglicherweise auch ökologisch zielführend, schränkt aber die individuelle Freiheit unzulässig ein. Wir können nicht im Detail vorschreiben, welche Fahrzeuge zu welchen Anlässen wann benutzt werden dürfen, welche Möbel in welchen Wohnungen aufgestellt werden dürfen bei wie viel Kindern, welche Speisen aus welchen Ländern ich zu welchen Anlässen in welcher Menge zu mir nehmen darf etc. Das alles – und noch viel mehr – müsste nämlich festgelegt werden. Von welchem Standpunkt aus aber kann welcher Lebensstil untersagt bzw. gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail gesetzlich regeln können und wollen, kann dies nur über den Preis von Umweltnutzungen gehen. Er ermöglicht den Individuen eine der Modernen angemessene Handlungsfreiheit bei gleichzeitiger Setzung einer Grenze seines Gesamt-Umweltverbrauchs.

Durch ein ÖGE wird die Akzeptanz verschiedenster Lebensstile gewahrt, die im Rahmen der ökologisch-monetären Beschränkung gelebt werden können. Bestimmte Konsumtionen werden zwar unattraktiver, können aber einzeln bzw. in Maßen weiter vollzogen werden. Die umverteilende Wirkung des Grundeinkommens sorgt dafür, dass diese individuelle Freiheit nicht auf Wohlhabende beschränkt bleibt, sondern sich im Gegenteil für alle Bevölkerungsteile eröffnet.

Ein ÖGE könnte also durch seinen umverteilenden und libertären Aspekt sowohl aus der Sackgasse ökonomischer als auch derjenigen ordnungspolitischer Umweltpolitik herausführen. Es würde ressourcenleichte Produktion und Konsumtion in viel stärkerem Maße als bisher fördern. Doch welche Wirkung hätte ein Grundeinkommen auf tieferliegende Strukturen zeitgenössischer Wachstumsgesellschaften, insbesondere einer produktivistischen Produktionsweise und einer konsumistischen Kultur?

II Grundeinkommen: Eine Authentizitätspauschale

Als eine Antwort zur gleichzeitigen Bearbeitung von Wirtschafts- und Ökokrise wird die Idee eines „Green New Deal“ in den letzten Jahren zunehmend hegemonialer. Die Kernidee besteht darin, einen staatlich gestützten Innovations- und

Investitionsschub bei grünen Technologien auf einem grünen Markt zu erreichen. Dieser würde wesentlich konstituiert durch die Änderung der relativen Preise mittels einer Ökosteuer – allerdings ohne sie für ein Grundeinkommen zu verwenden. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum soll gleichzeitig ökologischen Fortschritt bringen, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt werde. Diese Idee wurde zunächst von der Partei DIE GRÜNEN, „grünen“ Think Tanks und NGOs in die Debatte gebracht. Sie wird jedoch zunehmend mehrheitsfähig in der gesamten politischen Klasse, wenn auch mehrheitlich andere Bezeichnungen verwendet werden, etwa „Green Economy“.

Auch wenn dies zu einem Fortschritt bei grüner Technik führt, verbleibt diese Idee im Rahmen des Produktivismus. Von letzterem können wir sprechen, wenn die Entstehung von neuer Arbeit als Vorteil an sich betrachtet wird: Wenn z.B. für die Einführung neuer Technologien wie das „intelligente Haus“, welches den Stromverbrauch flexibel dem fluiden regenerativen Angebot anpassen kann, geworben wird mit dem Argument, das würde neue Arbeitsplätze für das Handwerk bringen und „Zukunftsmärkte erschließen“. Auch wenn einige seiner Protagonisten es nicht beabsichtigen sollten: Das Erzeugen möglichst vieler Produkte und Dienstleistungen, das Wirtschaftswachstum, bleibt unhinterfragtes Ziel auch der Green Economy. Der Unterschied zum jetzigen Wirtschaften ist, dass technische und organisatorische Alternativen produziert und konsumiert werden sollen.

Green New Deal ohne Wachstum: Eine anti-produktivistische Produktion

Aber es gibt auch Varianten eines Green New Deals bzw. einer Green Economy ohne Wachstum. Eine Version wird in der Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ dargelegt. Im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ sind die „Bürger als Unternehmer und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihrer Kapital- und Komfortmacht an die Natur und die Schlechtergestellten auf dem Globus abzutreten.“⁷ Die Menschen im Norden bzw. die globale Konsumentenklasse sollen ihren Lebensstil in Richtung Genügsamkeit ändern, anstatt das bisherige Wohlstandsmodell mit neuer Umwelttechnologie zu verlängern. Im Unterschied zur Wachstums-Variante des Green New Deal wird hier die Verteilungsfrage gestellt, weil die Autoren offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum mit einer nachhaltigen Entwicklung haben: Dieses Konzept kann als „Sozialer Green New Deal ohne Wachstum“ bezeichnet werden.⁸

Ein Ökologisches Grundeinkommen (ÖGE) könnte ein zentrales Element des dafür vorgeschlagenen Gesellschaftsvertrages sein. Durch die Besteuerung von Umweltverbrauch würden die „Bürger“ einen Teil ihrer „Komfortmacht“ an die „Natur“ (durch das Weglassen bestimmter Konsumtionen) und an die „Schlechtergestellten“ (durch die Auszahlung an jeden) abgeben. Aber es geht um mehr als ein Umverteilungsmodell. Mit einem Grundeinkommen kann der Green New Deal einen libertären Charakter erlangen, da die Spielräume zur Gestaltung eines eigenen Lebensplans für alle größer werden.

⁷ BUND, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M., S. 607

⁸ Vgl. die verschiedenen Varianten eines Green New Deals in: Schachtschneider, Ulrich (2009)

Darüber hinaus hat das Grundeinkommen das Potenzial, den Green New Deal in eine Postwachstumsökonomie zu überführen, denn es wirkt antiproduktivistisch. Ökonomische Aktivitäten, die ihrer selbst willen vorgenommen werden, werden generell unattraktiver aufgrund der höheren ökonomischen Sicherheit durch die Bedingungslosigkeit seiner Auszahlung. Wie viele eigentlich als ökologisch schädlich, sozial zweifelhaft oder die individuelle Entfaltung behindernd längst erkannte Produktionen werden heute nolens volens akzeptiert, wenn nicht sogar gefördert, weil daran in der arbeitsplatzfokussierten Regulation der kapitalistischen Ökonomie elementar die persönliche Existenz gekoppelt ist? Die für eine Akzeptanz der mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft verbundenen tiefgreifenden Wandel von Arbeitsplätzen, -strukturen und -qualifikationen nötige sozialpsychologische Situation ist „Angstfreiheit im Wandel“. Während in den hegemonialen Konzeptionen zur besseren Bearbeitung der ökologischen und ökonomischen Krise wie dem Green New Deal die Sorgen der Menschen mit der Aussicht auf neue Arbeitsplätze beruhigt werden sollen, besteht das Konzept des ÖGE in der Garantie sozialer Sicherheit – einer sozialen Sicherheit unabhängig von neuen Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Die durch das Grundeinkommen bewirkte größere Wahlfreiheit des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt ist aber nicht nur emanzipatorischer Fortschritt, sondern auch ein ökologisches Plus: Der Zwang zu ökonomischen Aktivitäten mit problematischer Umweltwirkung wird geringer.

Die Menschen werden tendenziell nur noch an solchen Produktionen teilnehmen (wollen), die aus ihrer Sicht Sinn machen – in selbstverwirklichender, in sozialer und in ökologischer Hinsicht. Jede Produktion von Waren und Dienstleistungen wird sich in dieser Hinsicht stärker legitimieren müssen. Wir können also sagen: Die Produktion wird authentischer werden.

Neben den durch Öko-Abgaben geförderten technischen Wegen der Effizienz und der Konsistenz (Verträglichkeit anthropogener und natürlicher Stoffkreisläufe, z.B. Kreislaufwirtschaften) wird durch das Grundeinkommen der sozio-kulturelle Weg des Weniger gefördert. Das Verhältnis von technischem und kulturellem Weg kann in einer offenen Gesellschaft nicht vorausgesagt werden. In jedem Fall aber ermöglicht das Grundeinkommen eine wie immer ausgedehnte deproduktivistische Komponente und ist damit Bestandteil einer Postwachstumsökonomie.

Die Finanzierung eines Grundeinkommens wird durch die deproduktivistische Wirkung nicht angegriffen. Werden weniger Güter konsumiert und produziert, wird zwar das Aufkommen für das Grundeinkommen sinken – dies gilt zunächst unabhängig von der Art der Finanzierung. Der Anteil an der Gesamtwertschöpfung aber und damit die soziale Wirkung kann konstant bleiben. Es werden zum Beispiel Regelungen vorgeschlagen, die Höhe der Auszahlung prozentual an die Entwicklung des BIP zu koppeln.⁹

Zusammengefasst kann gesagt werden: Ein ÖGE als Kern eines libertären und antiproduktivistischen Green New Deal würde nicht nur eine höhere Stufe des Sozialstaats konstituieren, sondern auch eine höhere Stufe des Umweltstaates. Eine höhere Stufe deswegen, weil die Strukturprobleme der Arbeit und die Strukturprobleme der Umwelt im Sinne der „Grundnorm gleicher realer Freiheit“

⁹ Zum Beispiel in: BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE (2014)

(Claus Offe) ¹⁰ gelöst würden. Diese höhere Stufe des Wohlfahrts- und des Umweltstaates kann zudem als Wachstumsbremse wirken.

Mehr Gleichheit und weniger Herrschaft: Eine anti-konsumistische Kultur

Das notwendige ökonomische und sozial-kulturelle Passstück zum Produktivismus ist der Konsumismus. Die kulturelle Orientierung am „immer Mehr“ und „immer Vielfältiger“ ist weitgehend ungebrochen. Der Versuch, das begrenzte Leben mit einem Maximum konsumtiver Events zu füllen, ist zwar in den letzten Jahren in die Kritik geraten. Eine Kultur der Entschleunigung wird nicht nur aus Gründen eines besseren Lebens zunehmend thematisiert. Besonders in der ökologischen Debatte wird seit langem ein ressourcenleichter Lebensstil propagiert. Doch offensichtlich kommt dieser seit 20 Jahren von vielen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen teilweise mit viel medialem Aufwand betriebene Appell jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen nicht an.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen mit seiner ökonomischen Basissicherheit kann dem entgegenwirken. Es bietet allen den Raum für das Ausprobieren anderer Lebensstile, erleichtert ein Leben in freiwilligen Gemeinschaften, mit mehr individuellen Freiräumen, aber weniger Konsum- und Erwerbsdruck. Das BGE eröffnet es allen, aus der Tretmühle „Erwerbsarbeit – Konsum – Erwerbsarbeit“ zunächst einmal auf Probe auszusteigen. Neue Lebensstile des „Weniger“, des „Zeitwohlstands“ und des „Gemeinsam“ hätten eine Chance, auch jenseits von Randgruppen ausprobiert und geschätzt zu werden

Ein Grundeinkommen schafft aber auch die sozialpsychologischen Voraussetzungen für ein anderes Bewusstsein, für ein Gefühl der Fülle statt des Gefühls des Hinterherlaufens. Der Psychoanalytiker Erich Fromm schrieb: „Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus, (...). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität“ (Fromm 1999)¹¹. Erst jenseits dieser Ängste, nicht mitzukommen, können Sinnfragen nicht mit einer Beschleunigung des Konsums von Gegenständen, Urlauben, Beziehungen etc beantwortet werden: „Bisher war der Mensch mit seiner Arbeit zu sehr beschäftigt (oder er war nach der Arbeit zu müde), um sich ernsthaft mit den Problemen abzugeben: ‚Was ist der Sinn des Lebens?‘, ‚Woran glaube ich?‘, ‚Welche Werte vertrete ich?‘, ‚Wer bin ich?‘ usw. Wenn er nicht mehr ausschließlich von seiner Arbeit in Anspruch genommen ist, wird es ihm entweder freistehen, sich ernsthaft mit diesen Problemen auseinander zu setzen oder er wird aus unmittelbarer oder kompensierter Langeweile halb verrückt werden.“ (ebd.) Ein Grundeinkommen gibt den Menschen ökonomisch und psychologisch eine Basissicherheit. Genau das macht den ökologischen Umbau weniger bedrohlich für breitere Schichten der Gesellschaft.

Das für eine weniger konsumistische Einstellung notwendige Gefühl der Fülle ist nicht nur abhängig vom Vorhandensein einer materialen Basissicherheit. Das

¹⁰ Offe, Claus (2009): Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat.

¹¹ Fromm, Erich (1999): Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Band V, S.309-316, München (Original 1966)

Zufriedenheitsgefühl des Einzelnen hängt ebenso ab von der Stellung innerhalb der Hierarchie einer Gesellschaft bzw. von der Hierarchieförmigkeit selber einer Gesellschaft. Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto weniger kann sich ein Gefühl der Fülle einstellen, und zwar für Menschen auf allen Hierarchiestufen.

Mehr ökonomische Ungleichheit sorgt für mehr Status-Konsum. Der Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und die Gesundheitswissenschaftlerin Kate Pickett verglichen Industriegesellschaften mit unterschiedlichen Reichtumsverteilungen hinsichtlich des Sparverhaltens. Ihr Ergebnis: Je ungleicher die Gesellschaften sind, desto geringer ist die Sparquote (Wilkinson/Pickett 2010).¹² Die Autoren geben dafür eine einleuchtende Erklärung. Mit Konsum können die Menschen ihren Status anzeigen. Wer unten ist, kann sich durch demonstrativen Konsum etwas erhöhen, auch wenn er es sich eigentlich nicht leisten kann. Auch wer sich in der Mitte positioniert sieht, versucht dies durch standesgemäße Ausstattung und den Konsum von Dienstleistungen zu beweisen. Um mitzuhalten oder sogar zu zeigen, dass er eigentlich ein bisschen höher steht, ist er bereit, sich zu verschulden. Wilkinson/Pickett führen eine Untersuchung von Solnick/Hemenway an, nach der die Hälfte der Menschen auf fünfzig Prozent ihres Einkommens verzichten würden, wenn sie dafür mit anderen gleichgestellt wären. Sie fanden zudem Korrelationen zwischen ökonomischer Ungleichheit und der Zunahme von Ängsten, psychischen Krankheiten, Depressionen etc heraus. Der Psychoanalytiker Alfred Adler schrieb: „Menschsein heißt, ein Minderwertigkeitsgefühl zu besitzen, das ständig nach seiner Überwindung drängt.“¹³ In einer von multiplem Wettbewerb geprägten Gesellschaft, wie sie etwa der Soziologe Hartmut Rosa für die „Spätmoderne“¹⁴ diagnostiziert, wird dieses Gefühl sicher noch potenziert.

Ungleichheit als Konsumtreiber ist keineswegs nur in ökonomischer Hinsicht zu verstehen. Wer sich in seinen sozialen Beziehungen, bei der Arbeit, in der Politik etc unterdrückt sieht, wird dies eher durch Konsum zu kompensieren zu versuchen („jetzt gönne *ich* mir auch mal etwas“). Menschen, die sich in ihren Zusammenhängen aufgehoben und gewürdigt fühlen, haben dies weniger nötig. Es ist nicht nur die Modernekultur der Verheißung nach maximaler Lebensausfüllung, die die Menschen nach maximalem Konsum von Gütern und Erlebnissen streben lässt¹⁵, sondern auch die Ungleichheit und Herrschaftsförmigkeit einer Gesellschaft.

Daraus folgt: Soll das antikonsumistische „Weniger“ nicht nur für Randgruppen attraktiv sein, muss die Gesellschaft insgesamt weniger herrschaftsförmig werden. Ein genügsamerer Lebensstil, eine „Eleganz der Einfachheit“ kann sich nur entwickeln auf der Basis eines freiheitlichen Lebensalltags. Wer unten ist oder sich in welcher Weise auch immer unterdrückt fühlt, wer ständig ein Gefühl der Knappheit empfindet, wer seine Arbeit als entfremdet wahrnimmt, wird sich nicht zu neuer Bescheidenheit überzeugen lassen. Er braucht vielmehr zur Kompensation demonstrativen Status-Konsum, entschädigende Erlebniswelten, führt Aufholjagden etc.

¹² Wilkinson/Pickett (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

¹³ Adler, Alfred 1973 (1933) : Der Sinn des Lebens, Frankfurt/M. S. 55 (zitiert nach Wilkinson/Pickett 2010)

¹⁴ vgl. Rosa (2012)

¹⁵ so die Erklärung von Hartmut Rosa (2012)

Herrschaftsärmere Verhältnisse bewirken eine Reduktion des Konsums um die Anteile, die rein kompensatorischen Motiven zuzuordnen sind. Es verbleibt ein stärker authentischer Konsum: Der Konsum, der den eigentlichen Bedürfnissen eher entspricht. Durch mehr soziale Sicherheit und mehr Gleichheit führt ein Grundeinkommen ebenso zu einer authentischeren Produktion (s.o.). Die Ökonomie wird also von beiden sie bestimmenden Seiten her weniger überformt durch unsichere und hierarchische Verhältnisse. Wir können das Grundeinkommen daher auch als „Authentizitätspauschale“ bezeichnen.¹⁶

An die Stelle von durch Ängste und Konkurrenzen geprägtem Produzieren und Konsumieren treten dann Werte, die mit dem Begriff „Gutes Leben“ zusammengefasst werden können. Um ein Gutes Leben jenseits des Wachstums führen zu können, muss die Politik eine „gastfreundliche Umgebung“ schaffen, so die Wachstumskritiker Robert und Edward Skidelsky. Sie kritisieren die reine Lehre des politischen Liberalismus, der den Staat aus Fragen des guten Lebens heraushalten will (Skidelsky/Skidelsky 2013).¹⁷ Als Basisgüter eines „guten Lebens“ nennen sie u.a. „Sicherheit“ (relative Kalkulierbarkeit der Zukunft), „Respekt“ (gegenseitige Anerkennung), „Muße“ (Freiräume für nicht zielgerichtete Tätigkeiten), „Persönlichkeit“ (Option auf die Entwicklung eines eigenen Lebensplans), „Freundschaft“ (nicht instrumentelle oder aufgezwungene Beziehungen)¹⁸. Da diese Basisgüter kulturübergreifend mit großer Mehrheit gewertschätzt werden, sie aber individuell nicht realisierbar seien, plädieren Skidelsky und Skidelsky richtigerweise für eine „Sozialpolitik für die Basisgüter“, wozu sie auch ein Grundeinkommen zählen.

III Ein Beitrag gegen soziale Beschleunigung

Ein Grundeinkommen würde Produktion und Konsumtion authentischer gestalten und damit eine Ökonomie jenseits des Wachstums ermöglichen. Doch die Gesellschaft besteht nicht nur aus Ökonomie. In der westlichen Moderne wirken offensichtlich eine ganze Reihe miteinander verflochtener Beschleunigungsdynamiken, wie der Soziologe Hartmut Rosa in seiner Theorie sozialer Beschleunigung überzeugend dargelegt hat (Rosa 2005, 2012).

Demnach ist die Moderne einem dreidimensionalen, autodynamischen Zirkelprozess aus technischer Beschleunigung (z.B. Verkehr, Kommunikation), einer dadurch geförderten Beschleunigung sozialen Wandels (z.B. berufliche, familiäre, soziokulturelle Beziehungsmuster) und einer wiederum daraus resultierenden Steigerung des individuellen Lebenstempos (Anpassungsprozesse sind zeitintensiv, ständiges Hinterherlaufen etc.) ausgesetzt. Die Verknappung der individuellen Zeitressourcen wiederum treibt technische Beschleunigung voran usw. (Abb. 1)¹⁹ Dieser basale „Beschleunigungszirkel“ wird Rosa zufolge zusätzlich angetrieben von

¹⁶ Eine ausführlichere Argumentation dazu findet sich in Schachtschneider, Ulrich (2014)

¹⁷ Robert und Edward Skidelsky (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens..

¹⁸ Die Basisgüter des guten Lebens haben sich die Autoren nicht ausgedacht, sondern sie gewinnen diese aus empirischen Untersuchungen darüber, was in verschiedensten Kulturen übereinstimmend als wichtig für ein gelungenes Leben zählt.

„externen Motoren“, einem ökonomischen, einem kulturellen und einem sozialstrukturellen. Ein Grundeinkommen hat nun – so meine abschließende These – das Potential, alle drei von Rosa identifizierten Motoren sozialer Beschleunigung in der modernen Gesellschaft zu verlangsamen bzw. sie auszuschalten, möglicherweise sie sogar in 'Bremsen' umzukehren.

Ein antiproduktivistischer Green New Deal: Bremse für den ökonomischen Motor

Als „ökonomischen Motor“ sozialer Beschleunigung erkennt Rosa die kapitalistisch organisierte Ökonomie. Wie kein anderes Wirtschaftssystem treibe sie mit ihrem Prinzip „Zeit ist Geld“ den Beschleunigungsprozess voran. Wer ein gegebenes Produkt schneller produziert, produziert in der Regel auch billiger und erlangt entscheidende ökonomische Vorteile. Wer schneller ein neues Produkt erfindet und es schneller vermarktet, kann auch dann überleben, wenn er auf einem bestehenden Markt nicht erfolgreich ist oder dieser gesättigt ist. Je schneller das investierte Kapital sich reproduziert, desto größer die Chance im Wettbewerb um Kapitalgeber. Zwingendes Korrelat der Steigerung der Produktionsrate ist die Steigerung der Konsumtion. Das Grundproblem kapitalistischer Wirtschaft ist – so Rosa – nicht die Verteilungsfrage, sondern die Aufrechterhaltung sich ständig beschleunigender Zirkulation des Kapitals. Dafür muss die politische Regulierung der Wirtschaft produktivistisch und wachstumsfördernd ausgerichtet sein: Je mehr produziert wird, desto besser.

Ein Grundeinkommen hingegen mit seinem antiproduktivistischen und antikonsumistischem Potenzial kann als Bremse für den Beschleunigungsmotor kapitalistische Ökonomie wirken. Dies kann geschehen, ohne den Kapital- und Marktmechanismus ganz abzuschaffen. Der Innovationen, ökonomische Komplexität und individuelle Freiheit ermöglichende Markt und das Prinzip der Kapitalbildung selbst, welches erst größere Projekte ermöglicht, bleiben auch mit Grundeinkommen prinzipiell erhalten – auf gebremsten Niveau.

Mehr Lebenswelt: Bremse für den sozialstrukturellen Motor

Der zweite von Rosa diagnostizierte Antrieb für soziale Beschleunigung ist die Dynamik der funktionalen Differenzierung, d.h. die Aufteilung gesellschaftlicher Funktionen in spezialisierte Teilsysteme (der Wirtschaft, der Politik, der Familie etc). Dies ermöglicht zunächst eine höhere Verarbeitungsgeschwindigkeit für anstehende Aufgaben, da keine Rücksicht mehr auf funktionsfremde Gesichtspunkte genommen werden muss. In der Wirtschaft etwa braucht nicht mehr gefragt werden, wie eine Entscheidung auf die Familie oder die Politik wirkt – und umgekehrt. Damit wird ein schnelleres Prozessieren in Wirtschaft, Politik und Familie möglich, was eigentlich Zeitgewinne ermöglichen würde. Da in der Gesamtgesellschaft aber auf diese Weise komplexere Aufgaben abgearbeitet werden können, Optionen und Handlungsalternativen steigen, geraten spezialisierte Systeme dennoch unter Beschleunigungsdruck: Die für ihre Entscheidungen relevante Umgebung ändert sich

¹⁹ Der gesamte theoretische Ansatz kann hier nur äußerst vereinfacht dargelegt werden. Ausführlich nachzulesen in Rosa (2005, 2012)

immer schneller, die Bearbeitungszeiträume für Entscheidungen innerhalb der Teilsysteme verkürzen sich (Rosa 2005:297f.).

Das hat Auswirkungen auf die in ihnen tätigen Akteure und die Geschwindigkeit sozialen Wandels. Die Teilsysteme werden immer „gieriger“ gegenüber ihren Akteuren, erheben „totale Zeitansprüche“ (Rosa 2005: 304f.): Der Drang zur Schließung von Leerzeiten steigt, systemische Prozesse laufen der Tendenz nach rund um die Uhr. Im Internet können jederzeit Produkte weiterentwickelt werden, Gottesdienste würden quer durch die Woche angeboten, Familienangelegenheiten ständig zwischendurch geregelt etc. Die Non-Stop-Gesellschaft drängt auf das Verschwinden kollektiver Zeitmuster und beschleunigt damit die Auflösung festgefügt sozialer Praxen, Beziehungsmuster und Assoziationsstrukturen. An ihre Stelle treten „fluide(r), in permanenter Bewegung und Wandlung begriffene(r)“ kulturelle, finanzielle und sinngebende Ströme rund um den Globus, die beliebig miteinander kombinierbar sind (Rosa 2005:177). Dieser ständige soziale Wandel erfordert ebenso ständige Anpassungsleistungen der Subjekte, was zu einer enormen Beschleunigung des empfundenen Lebenstempos führt etc., den Beschleunigungszirkel also weiter vorantreibt.

Auch diesem „sozialstrukturellem Motor“ funktionale Differenzierung kann ein Grundeinkommen entgegenwirken. Mit seinen Sicherheiten und Freiräumen begünstigt es die Entstehung gemeinschaftlicher, kommunikativ strukturierter Lebenswelten, etwa Projekte des gemeinsamen Lebens und Arbeitens, Nachbarschaftshilfen, urban gardening etc.. Sie treten zu den weiter wirkenden funktional differenzierten Teilsystemen in Ökonomie, Politik, Wissenschaft etc. neu hinzu. Damit kann eine wieder stärker integrierte, entdifferenzierte Sphäre entstehen. In ihr gehen die Dinge langsamer voran, da unterschiedlichste Ansprüche (etwa an Kultur, Ökonomie, Normen) kommunikativ kompatibel gemacht werden müssen. Dies kostet zunächst Lebenszeit und könnte die Beschleunigung des Lebenstempos noch verstärken. Der ständigen sozialen Wandel und Anpassung hervorruhende Beschleunigungsdruck der funktionalen Teilsysteme hingegen wird dort weniger wirksam sein. Der „Motor“ funktionale Differenzierung wäre damit gebremst. Ob dies im Endeffekt zu einer Verringerung des Lebenstempos führt, hängt dann von den Zielen und Ansprüchen innerhalb der kommunikativ integrierten Sphären ab. So könnte der neue zeitliche Freiraum aufgrund zu großer partizipativer Ansprüche durch zu viel Kommunikationszeit wieder aufgezehrt werden.

In jedem Fall wäre der Preis (oder eben: der Gewinn) für einen wieder größeren Anteil von „Sozialintegration“ statt „Systemintegration“ (Habermas) in der Gesellschaft eine langsamere Wirtschaft, ein langsamerer sozialer Wandel.

Mehr Gleichheit und weniger Herrschaft: Bremse für den kulturellen Motor

Als dritten Antrieb sozialer Beschleunigung beschreibt Rosa die moderne „Verheißung der Beschleunigung“. Dieser „kulturelle Motor“ umfasse zwei Aspekte des modernen Ethos, die den durch beschleunigten sozialen Wandel ohnehin laufenden Prozess der Beschleunigung des Lebenstempos zusätzlich verstärken:

Zum einen wirke eine aktualisierte protestantische Ethik auch nach dem in den letzten zwei Jahrhunderten vollzogenen Säkularisierungsprozess. Während der Genese des Kapitalismus waren die puritanischen Protestanten (als Arbeiter oder als Unternehmer) von der Angst getrieben, ihr Seelenheil zu verfehlen durch zu geringe Arbeitsanstrengungen im irdischen Leben und lieferten so die „passgenaue kulturelle Entsprechung für die kapitalistische Zeitökonomie“ (Rosa 2005: 282). Im

Modernisierungsprozesses der Zurückdrängung religiös begründeter Lebensethiken wandelten nun – so Rosa – Angst und Verheißung lediglich ihre Form, in dem sie „ihre Projektionsfläche aus dem Bereich der extrasozialen Transzendenz (ewiges Heil vs. Verdammnis) in den systemimmanenten Bereich des sozialen Wettbewerbs verlagerte“ (S. 284). Die neue Verheißung sei der Erfolg, die neue Grundangst der Misserfolg im Wettbewerb – und damit meint Rosa längst nicht nur die Ökonomie. In tendenziell allen Lebenssphären wie Familie, Intimbeziehungen, Freundschaften, Beruf (mit Ansprüchen jenseits ökonomischer Motive), Kultur, gesellschaftliches Engagement, Arbeit am eigenen Körper etc. sind die Individuen dem ständigen Druck ausgesetzt, eine gute Performance zu bringen. Das wird umso schwieriger, als sich die Rahmenbedingungen in diesen Bereichen ständig und beschleunigt ändern. Es droht immer die Gefahr, an Anerkennung zu verlieren, als Versager zurückzubleiben. Rosa erklärt so das um sich greifende Gefühl, „in allen Daseinsbereichen“ auf rutschenden Abhängen („slipping slopes“) zu stehen.

Zum zweiten werde das unvermeidliche Drama der Endlichkeit des Lebens von den meisten Menschen zu kompensieren versucht, in dem sie möglichst viele „Weltoptionen“ auskosten. Sie versuchen, eine möglichst große Anzahl von Events, Episoden und Lebensansprüche in die begrenzte Lebensspanne zu packen: „Wer doppelt so schnell lebt, kann doppelt so viele Weltmöglichkeiten realisieren“ (S.291). Rosa fasst diese „säkularisierte Glücks- und Zeitkonzeption“ in Anlehnung an Gerhard Schulze („Erlebnissegesellschaft“): „Je mehr Erlebnismittel (Fernsehprogramme, Kleider, Urlaubssituationen, Partner usw.) wir uns aneignen (Vermehrung) und je mehr wir sie in der Zeit zusammendrängen (Verdichtung), desto reicher wird unser Innenleben: Seinssteigerung durch Habens-Steigerung“ (Schulze 1997, zit. in Rosa 2005: 290)

Auch dieser „kulturelle Motor“ kann durch ein Grundeinkommen entschärft werden. Mit seiner ökonomischen Basissicherheit macht es zum Einen das Ausprobieren alternativer Lebensstile mit reicheren Sozialbeziehungen einfacher und wirkt damit der konsumistischen Verheißung einer Lebenserfüllung durch Maximierung von Konsum und Erlebnissen entgegen. Ein Grundeinkommen bedeutet zum Anderen weniger ökonomische und soziale Ungleichheit und schafft dadurch, wie oben gezeigt, die sozialpsychologischen Voraussetzungen dafür, dass ein Gefühl der Zufriedenheit und der Fülle den Druck, hinterher laufen zu müssen, reduziert. Es gibt den Menschen ökonomisch und psychologisch das Gefühl einer zumindest basalen Anerkennung, die die Angst vorm Abrutschen vermindert. Die Kultur der Maximierung und des Wettbewerbs wird durch eine Kultur der Anerkennung (von sich selber und von anderen) zurückgedrängt.

IV Finanzierung durch Öko-Abgaben: Option auf Entschleunigung

Die gängigen Vorschläge für die Finanzierung des Grundeinkommens sehen zum großen Teil eine stärkere Besteuerung von Erwerbsarbeit vor, etwa über eine höhere Einkommenssteuer. Dies hat jedoch, wie im folgenden gezeigt wird, problematische Beschleunigungswirkungen, die die durch die Auszahlung des Grundeinkommens möglichen Entschleunigungswirkungen konterkarieren könnten. Eine Finanzierung über Ökosteuern hingegen senkt das relative Gewicht der Kosten der Erwerbsarbeit und damit den Beschleunigungsdruck durch alle drei „Motoren“.

a) Die technische Beschleunigung zielgerichteter Prozesse wird – so Rosa – maßgeblich durch den „Motor“ kapitalistische Ökonomie, die die *Maxime time is money* in besonderem Ausmaß zur Geltung bringt, verstärkt. Wer die schnellere Technologie hat, kann erstens schneller auf flexible Kundenwünsche reagieren und macht daher in der Regel das qualitativ attraktivere Angebot. Zweitens ergibt sich unter der Voraussetzung, dass die Entwicklungs- und Investitionskosten der schnelleren Technologie sich innerhalb einer fürs Kapital akzeptablen Zeit amortisieren, ein Kostenvorteil im Wettbewerb. Dieser Vorteil steigt mit den relativen Kosten der Arbeit. Je größer ihr Anteil an den Gesamtproduktionskosten, desto größer ist der Druck zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der pro Zeiteinheit produzierten Menge an Produkten/Dienstleistungen. Je höher die Lohnkosten, desto eher lohnen sich technische Beschleunigungen im Arbeitsablauf. Eine Erhöhung der Ressourcenkosten hingegen durch Ökosteuern führt zu einem abnehmenden Gewicht der Arbeitskosten und verringert damit den Anreiz zur technischen Beschleunigung aller zielgerichteter Vorgänge in der kapitalistischen Ökonomie, seien es die Planung und Herstellung von Produkten oder ihr Transport zum Kunden. Die langsameren Entwicklungsprozesse, Produktionsverfahren und Produktalternativen, die bisher zu viel Arbeitszeit benötigten, können nun preislich eher konkurrieren. Das schnelle rohstoffintensive Hochziehen eines Gebäudes etwa wird nicht mehr günstiger sein als eine planerisch und handwerklich anspruchsvolle ressourcensparende Ausführung unter Hinzuziehung eines Energieberaters. Ein Flug auf die Kanaren wird nicht mehr billiger sein als die Fahrt mit dem Regionalexpress oder zwei Stunden Musikunterricht. Die nun ökonomisch konkurrenzfähigeren ressourcenleichtere Produkte sind in der Regel auch Produkte langsamerer Kulturen. Dies gilt so lange, bis eine Erhöhung der Ressourceneffizienz die schnellen Varianten wieder günstiger macht. Damit bleibt ein Teil des Beschleunigungsdrucks durch Innovationswettbewerb erhalten: In einer Ökonomie mit deutlicher Ressourcenbesteuerung gewinnt nicht, wer am schnellsten irgendwelche kurzlebigen Produkte verkaufen kann, sondern wer schneller „grüne“ Innovationen entwickelt und vermarktet. Die Möglichkeit der Erhöhung der Ressourcenproduktivität ist allerdings begrenzt. Nicht alles ist technisch machbar, Effizienzsteigerungen werden mit zunehmendem Erfolg immer schwieriger fortsetzbar: Eine *dauerhafte* Entkopplung von Umweltverbrauch und Wirtschaftswachstum ist nicht möglich²⁰. Neben dem technologischen Wandel wird daher durch die Öko-Besteuerung ebenfalls der kulturelle Wandel angestoßen – sowohl der Konsum ressourcenleichterer Alternativprodukte und Dienstleistungen als auch die Null-Option des Weglassens.

b) Den Prozess der funktionalen Differenzierung, die fortschreitende Aufteilung der Gesellschaft in spezialisierte Subsysteme markiert Rosa als zusätzlichen „Motor“ für den ohnehin stattfindenden sozialen Wandel – der Wechsel sozialer Praxen, Beziehungsmuster und Assoziationsstrukturen vollzieht sich in immer kürzeren Abständen. Ein Grundeinkommen kann, wie oben gezeigt, neue Freiräume schaffen für wieder mehr entdifferenzierte, durch zeitintensive Kommunikation integrierte Sphären („Lebenswelt“). Dieser vermehrte Zeitbedarf darf aber nicht zu ökonomischen Nachteilen führen. Daher ist auch aus diesem Grund die relative Verringerung der Arbeitskosten geboten, wenn wir über die Finanzierung des Grundeinkommens nachdenken. Eine Kooperative etwa kann ihre lebensweltlichen

²⁰ Siehe etwa: Paech (2005), Santarius (2015)

Vorteile und ihre Ansprüche auf partizipatives Ausdiskutieren dann realisieren, wenn die dafür notwendigen Arbeitszeiten nicht zu teuer sind. Andernfalls hat sie Nachteile im Wettbewerb oder – wenn die Mitglieder als „Prosumenten“ für sich selbst produzieren und Kosten keine große Rolle spielen – es bleibt ihnen weniger Zeit für die Erledigung von weiterbestehenden Aufgaben aus anderen Systemen. Nun kann argumentiert werden, dass gerade deswegen eine zeitaufwendige lebensweltliche Organisation der Wirtschaft nicht problemlösend ist, vielmehr eine Finanzierung über Steuern auf Arbeitseinkommen für eine Verteuerung des Arbeitskostenanteils und damit für zeiteffizientes Produzieren sorgen würde. Dies ist durchaus plausibel. Wird allerdings die Minimierung des Zeitaufwands für das Wirtschaften als alleiniges oberstes Ziel gesetzt, würde der Anspruch auf wieder mehr lebensweltliche Integration als Alternative zur weitergehenden funktionalen Differenzierung aufgegeben werden müssen.

c) Die Beschleunigung des Lebenstempos wird – Rosa folgend – zusätzlich angetrieben durch den „Motor“ einer Kultur der Maximierung von Konsumereignissen und Events. Sie wird möglich, weil die vielen Produkte und ihr schneller Wechsel im Rahmen einer beschleunigten Zeit-ist-Geld-Ökonomie auch gerne angeboten werden. Bei einem erhöhten Anteil von Ressourcensteuern an den Produktionskosten wäre der Druck zu schnellem Produktwechsel verringert und langsamere, aber intensivere Angebote (z.B. eine lange Reise oder intensive Lernbegleitung) werden konkurrenzfähiger (siehe a). Die kulturelle Orientierung auf Event- und Konsummaximierung wäre dadurch ökonomisch erschwert, aber keineswegs aufgehoben. Allerdings würde eine durch zusätzliche Kosten auf Arbeit noch mehr unter Zeitdruck stehende Erwerbs-Arbeitswelt nicht nur den „objektiven“ ökonomischen Zwang zur Beschleunigung erhöhen, sondern auch das „subjektiv“ dort empfundene Lebenstempo weiter steigern. Es spricht vieles dafür, dass ein solches schnelles Muster auf die Nicht-Erwerbssphäre übertragen wird. Oder andersherum: Wenn durch abnehmendes relatives Gewicht der Arbeitskosten in der Erwerbsarbeit Langsamkeit erlaubt ist, ist diese auch in der Kultur wahrscheinlicher. Wer auf der Arbeit weniger Panik empfindet, bekommt sie auch weniger in der Freizeit.

Ökologisches Grundeinkommen: Ein Bremspedal, das benutzt werden kann

Zusammenfassend lässt sich sagen: Während die Erhöhung der Kosten für Erwerbsarbeit problematische Beschleunigungstendenzen weiter antreiben könnte, kann die Finanzierung des Grundeinkommens über Ökosteuern eine Bremsung der drei „Motoren“ kapitalistische Ökonomie, funktionale Differenzierung und Kultur der Maximierung stützen. Allerdings wäre diese Entschleunigung keineswegs zwingend – vielmehr handelt es sich um neu ergebende Optionen.

In der Wirtschaft etwa ist eine Entschleunigung von Transport oder Produktion durch die Verschiebung der ökonomischen Gewichte von Zeit- und Ressourcenkosten zwar ökonomisch günstiger. Doch ebenso sind die Aufrechterhaltung des Tempos oder auch die weitere Beschleunigung technischer Vorgänge möglich, sofern dies gewünscht wird. Wer schnell oder schneller irgendwo hingelangen möchte, kann dies weiterhin tun. Es muss ihm allerdings so wichtig sein, dass er bereit ist, dafür auch mehr zu bezahlen (so wie es jetzt mit den Bahnfahrern ist, die aus Überzeugung mehr bezahlen, obwohl sie meistens langsamer vorwärts kommen als mit dem Auto oder Flugzeug). Wer mit schnelleren Maschinen oder Verfahren produzieren möchte,

obwohl es teurer ist, weil vielleicht ein Kunde diese Schnelligkeit haben möchte, kann dies weiterhin tun – mit höheren Kosten. Zudem sind die langsamen Varianten auch mit Ökosteuern keineswegs immer günstiger. Wenn sie von den Produzenten als unangenehmer empfunden werden (etwa das Ernten per Hand anstelle der Benutzung einer durch Ressourcensteuern teurer gewordenen Maschine), werden diese Arbeitsvarianten im Preis steigen. Das Grundeinkommen mit seiner Macht, notfalls auch „Nein“ zu sagen, erlaubt es, dafür höhere Löhne zu fordern. Findet jemand die langsamere Variante allerdings authentischer, wird er bereit sein, dies auch für weniger Geld zu machen – und sie wird aufgrund der geringeren Kosten auch Abnehmer finden.

Dasselbe gilt für den 'Ausstieg' aus funktionaler Differenzierung: Wem es wichtig ist, effektiv mit wenig Zeiteinsatz schnell Geld zu verdienen, kann dies weiterhin in einem ausschließlich auf hohe Arbeitsproduktivität orientierten und möglicherweise hoch hierarchisch organisierten Betrieb tun. Keiner ist gezwungen, in lebensweltlich integrierten Sphären seine Zeit diskursiv zu verbringen. Auch die Fortführung einer konsumistischen Kultur wäre möglich: Wer weiterhin sein Leben mit vielen Produkten und Events beschleunigen möchte, kann dies weiterhin machen – auf der ökonomischen Basis zeiteffizienten Geldverdienens.

Ob sich Produktionen, sozialer Wandel oder Kulturen mehr oder weniger beschleunigen, hängt unter den freiheitlichen Wahl-Möglichkeiten des Grundeinkommens davon ab, als wie authentisch die Produzenten, Gruppenmitglieder und Konsumenten diese selber einschätzen. Das ist Zeit-Wohlstand: Die Verfügung über mehr oder weniger Beschleunigung. Das Grundeinkommen ist ein Bremspedal, das benutzt werden *kann*.

Eine zumindest zu einem relevanten Anteil vorgenommene Finanzierung über Öko-Abgaben würde uns angesichts dieser Offenheit der gesellschaftlichen Entwicklung einen weiteren wichtigen Vorteil geben: Wenn ein Grundeinkommen entgegen der Annahmen nicht zu Degrowth führt, werden steigende Umweltabgaben Produktion und Konsumtion zumindest in eine ressourcenleichtere Richtung wandeln. In diesem Fall würden wir eines unserer zentralen Ziele – weniger problematische Umwelteinwirkung – auch mit konstantem oder wachsendem BIP erreichen. Wahrscheinlich aber werden wir mit dem Ökologischen Grundeinkommen eine Mischung aus alternativem Konsum und weniger Konsum haben.

V Ausstieg aus dem Beschleunigungszwang: Langsamer Einstieg

Rosa betont, dass der Einzelne kaum aus den Dynamiken sozialer Beschleunigung fliehen kann, auch wenn der Wunsch nach Entschleunigung immer häufiger zu vernehmen ist. Es komme darauf an, auf der gesamtgesellschaftlichen bzw. politischen Ebene auf die Strukturen sozialer Beschleunigung einzuwirken. Ein Grundeinkommen ist – so habe ich versucht zu zeigen – genau dazu ein Beitrag. Alle drei Motoren der sozialen Beschleunigung können mit einem Grundeinkommen zumindest verlangsamt, wenn nicht „ausgeschaltet“ werden. Am meisten dieses Ziel stützend ist eine (weitgehende) Finanzierung über Ökosteuern. Das umwelt- und

sozialpolitische Prinzip des (Eco-)Tax and Share kann am ehesten eine anti-produktivistische Regulierung der (kapitalistischen²¹) Ökonomie ermöglichen.

Natürlich existiert aktuell keine Mehrheit zur Einführung eines Grundeinkommens. Wir können nicht auf ein „System-Hopping“ des Sozialstaates setzen, bei dem irgendwann auf einmal (ab Montag früh ...) das existenzsichernde bedingungslose Grundeinkommen gilt und alle anderen sozialen Sicherungssysteme abgeschaltet werden. Die Wirkung eines derartig abrupt wirkenden sozio-ökonomischen Groß-Experiments am lebendigen Körper der Gesellschaft ist zu unberechenbar – sind doch das gesamte ökonomische Gefüge, die Preise, der Arbeitsmarkt, die Nachfrage und die Produktion plötzlich völlig neuen Bedingungen ausgesetzt. Die Angst von Politik und Bürgern vor einem solchem Crash ist zu Recht vorhanden und wäre unüberwindbar. Allenfalls in einer existenziell bedrohlichen Krisenlage oder einer Post-Katastrophensituation (z.B. nach einem Krieg) ist ein derartig abrupter Neuanfang denkbar. Darauf sollten wir nicht hoffen.

Neue Paradigmen lassen sich in der Regel nur über Prototypen und kleine Einstiegsprojekte etablieren. Ein aus Ökosteuern finanziertes Grundeinkommen eignet sich hervorragend zu einer solchen schrittweisen Einführung. Es kann klein begonnen werden, um das zugrunde liegende Prinzip – die Teilhabe an den Erträgen der ersten und zweiten Natur als Menschenrecht – zunächst als solches zu verankern. Ein ökologisches Teil-Grundeinkommen kann langsam parallel zum bisherigen Gerüst sozialer Sicherung aufgebaut werden. Das empfindliche bestehende Gefüge aus Sozialabgaben und Transfers wird dabei nicht angetastet. So kann Sicherheit im Wandel entstehen. Durch eine sukzessive Einführung bleibt zudem ausreichend Zeit für Anpassungsprozesse an veränderte Preisrelationen. Mit dem Prinzip des Eco-Tax and Share könnte auf verschiedenen Ebenen und bei verschiedenen Umweltmedien begonnen werden:

- Die Deutschland zustehenden Einnahmen aus einem revitalisierten EU-Emissionshandel (Verknappung der Zertifikate, wie von vielen Umweltverbänden gefordert) werden auf ca. 20 Mrd. €/Jahr geschätzt. Werden sie pro Kopf ausgeschüttet, bekommt eine vierköpfige Familie 1000 Euro/Jahr „Öko-Bonus“ bzw. Ökologisches Grundeinkommen. Ähnliches ist auch auf EU-Ebene möglich.
- Würde die „Ökosteuer“ in Deutschland so erhöht, dass die Endpreise für Strom und Brennstoffe um 10% steigen, könnten dieser Familie zusätzlich 1.000 € im Jahr ausgezahlt werden.
- Es könnte eine Steuer auf Baustoffe, Metalle, seltene Erden (=seltene Metalle) etc. eingeführt werden. Dies wäre nicht nur eine weitere Quelle für das Grundeinkommen, sondern würde einen Schub in Richtung Kreislaufwirtschaft bringen. An den Außengrenzen des EU-Wirtschaftsraums können mit „border adjustments“ Importe (vor allem von Metallen und Metallprodukten) ebenfalls mit demselben Satz ökologisch besteuert werden.
- Wie es in Schweden und Dänemark Praxis ist, kann auch in Deutschland eine Abgabe auf mineralische Dünger erhoben werden, um den Eintrag von Stickstoff und Phosphor auf ein akzeptables Niveau zu senken (er ist in Deutschland etwa um den Faktor zwei zu hoch) und damit die Versauerung

²¹ Ob dann noch von Kapitalismus gesprochen werden kann, soll und kann hier nicht weiter thematisiert werden. Zumindest wäre die Wirksamkeit von Kapitalinteressen zurückgedrängt.

und Eutrophierung von Gewässern sowie den Nitratgehalt im Grundwasser zu bekämpfen. Damit könnte auch in einzelnen Regionen begonnen werden

Das alles ergibt noch kein volles Grundeinkommen. Aber es sind Schritte in die richtige Richtung. Auch kleine Reformen können bereits die Gewichte verschieben. Die Beschleunigungsmotoren würden dadurch vielleicht zunächst nur etwas langsamer. Wahrscheinlich muss aber eine kritische Schwelle, d.h. ein Grundeinkommen bzw. eine ökologische Besteuerung in einer bestimmten Höhe, überschritten werden, um überhaupt einen Effekt zu erzielen, denn dieser basiert wesentlich auf einer größeren Basissicherheit, auf mehr Gleichheit, weniger Herrschaftlichkeit und mehr experimentellen Freiräumen für alle. Diese Qualitäten entfalten sich nicht von Anfang an, können aber weit vor der Erreichung eines voll existenzsichernden Grundeinkommens in Höhe von z.B. 800 Euro/Person auftreten. Ab welcher Höhe eines ÖGE sich die Chance eröffnet, den ökonomischen, kulturellen oder sozialstrukturellen Beschleunigungsmotor zu verlangsamen oder sie gar in Bremsen zu wandeln, kann keineswegs quantifiziert werden. Prinzipiell sprechen aber – so habe ich versucht zu zeigen – eine Reihe von Gründen dafür, dass das Prinzip Ökologisches Grundeinkommen bzw. Eco-Tax and Share geeignet ist, nicht nur punktuelle Entschleunigungsasen zu schaffen, sondern den Ausstieg aus strukturellen Beschleunigungszwängen zu stützen.

Stand: 10.12.2015

Ulrich Schachtschneider
Dipl.-Ing. Dr.rer.pol
Energieberater, freier Sozialwissenschaftler und Autor
ulrich.schachtschneider@gmx.de
www.ulrich-schachtschneider.de

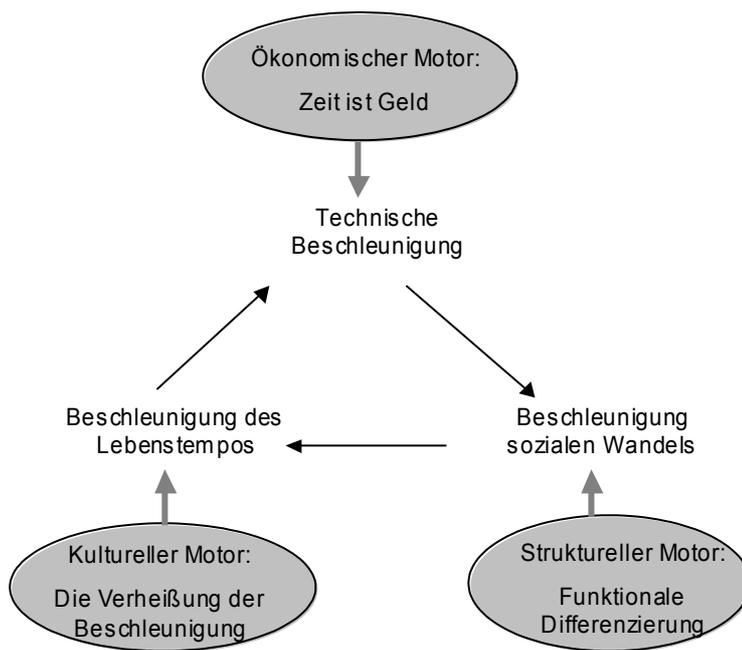


Abb. 1: Beschleunigungsmotoren nach Rosa

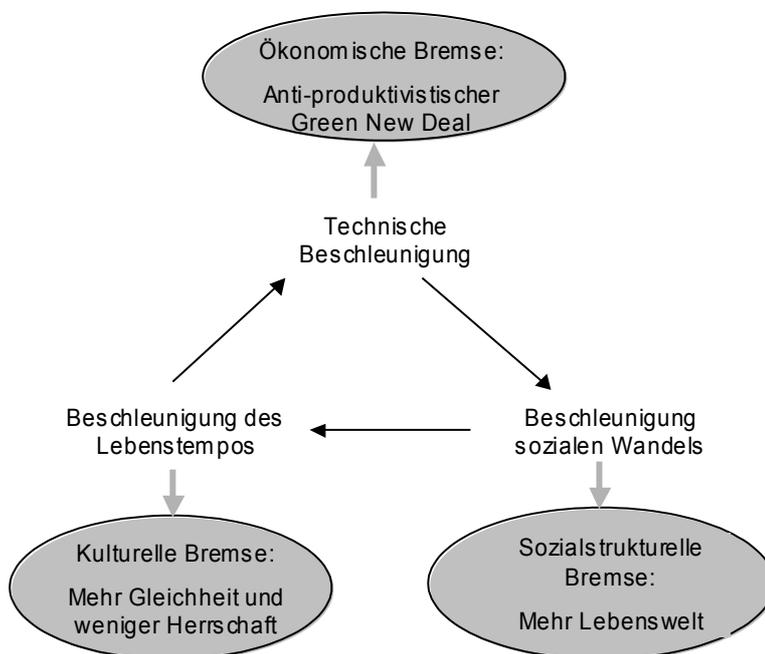


Abb.2: Beschleunigungsbremsen durch ein Ökologisches Grundeinkommen

Literatur

- BUND, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M.
- DIW (2009): Wochenbericht des DIW Berlin Nr.14/2009
- Economist Intelligence Unit (2011): German Green City Index
- Fromm, Erich (1999): Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Band V, S.309-316. München 1999. Original (1966): The Psychological Aspects of Guaranteed Income, New York
- Infras (o.J.): Soziale und räumliche Wirkung von Energieabgaben. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Z-1, Bern
- Offe, Claus (2009): Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat, S. 21. In: Neuendorf/Peter/Wolf (Hg.) 2009: Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit. Hamburg
- Paech, Niko (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wirtschaftswachstum. Marburg
- Santarius, Tilman (2015): Umweltfreundlich mehr verbrauchen. In: Le Monde Diplomatique, Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Atlas der Globalisierung
- Skidelsky, Edward & Skidelsky, Robert (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München. Original: Robert und Edward Skidelsky 2012: How much is enough? The Love of Money, and the Case for the Good Life, London
- Rosa, Hartmut (2012): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik. Frankfurt/M.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen der Moderne. Frankfurt/M.
- Schachtschneider, Ulrich (2009): Green New Deal, Sackgasse und sonst nichts? RLS Standpunkte 17/2009
- Schachtschneider, Ulrich (2014): Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit dem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle. München
- Wilkinson, Richard /Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Original: Wilkinson/Pickett 2009: The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Do Better, London